Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Wir sagen von ganzem Herzen: Danke, Spiegel!
2. Sacharowa über die Schließung von RT DE-Konten: Russland betrachtet dies als politischen Druck
3. Bidens Angriff auf Syrien: ein tatsächlich anklagbares Verbrechen
4. Friedens- und Sicherheitspolitik ohne Schablonen und Denkverbote – Gastbeitrag von Rolf Mützenich
5. Nawalny – Führer der russischen Opposition?
6. Nawalny und Khashoggi
7. Das wahre Gesicht des Bundes der Steuerzahler
8. Lobbyrepublik
9. Vier Vorerkrankungen sorgen für zwei Drittel der schweren Verläufe
10. Wann, verehrtes Publikum, wann?

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Wir sagen von ganzem Herzen: Danke, Spiegel!**
   Donnerwetter, wer hätte das gedacht? Das Nachrichtenmagazin "Spiegel", sonst kein Freund von russischen Staatsmedien, macht kostenlose Werbung für RT DE – und das in einem Artikel, der als kritischer Beitrag getarnt ist. Wir sind zutiefst gerührt und ziehen den Hut. […]
   Wobei, wirklich etwas Neues steht in dem Spiegel-Artikel jetzt auch nicht. Man kommt sich als Mitarbeiter von RT DE langsam so vor wie Bill Murray in "Und täglich grüßt das Murmeltier". RT DE sei aus Moskau ferngesteuert, heißt es etwa. Es werde in die Redaktion "politisch hineinregiert". Der Beleg? Nachdem die RT-DE-Redaktion nicht

schnell genug ein Putin-Zitat auf die Seite gebracht habe, sei Moskau eingeschritten. Es habe einen "Ordnungsruf" gegeben, und in einer Zoom-Konferenz seien die Mitarbeiter quasi "zusammengeschissen" worden. "Die Chefs aus Moskau waren nicht glücklich", schreibt der Spiegel.
Nun, zum einen möchten wir anmerken, dass "unsere Chefs" nicht in Moskau sitzen, sondern in Berlin. Dass sie regelmäßig auch nach Moskau reisen, ist richtig – schließlich handelt es sich um russische Staatsbürger. Und die Zentrale des internationalen RT-Netzwerks ist nun mal immer noch im schönen Moskau. Da kann es schon mal vorkommen, zumal in Corona-Zeiten, dass die einen in Berlin sitzen und die anderen in Moskau. Deswegen zu mutmaßen, dass RT DE aus Moskau gelenkt werde, ist ungefähr so zutreffend wie zu behaupten, Deutschland werde aus der Schweiz regiert, weil Bundeskanzlerin Angela Merkel dort gern ihren Urlaub verbringt.
Und dass man mal "von oben zusammengeschissen" wird, kommt in den allerbesten Firmen vor. Wir können den Spiegel allerdings beruhigen: Die Aufregung "der Chefs" wäre genauso groß (und berechtigt) gewesen, wenn die Redaktion eine wichtige Äußerung von Joe Biden, Emmanuel Macron oder Angela Merkel "verpennt" hätte. […]
Was uns auch gefreut hat, ist, dass Sie einige Kollegen von RT DE noch mal nachträglich als unbequeme Journalisten positionieren und sie somit vom Einerlei des Mainstreamjournalismus abheben – wir hätten das nicht besser hinbekommen. Chapeau! Ganz ehrlich! Da können wir noch einiges von Ihnen lernen! Wobei, wir haben da so einen vagen Verdacht, warum Sie, liebe Kollegen vom Spiegel, ausgerechnet jetzt diesen Beitrag bringen. Kann es sein, dass Sie ganz aus dem Häuschen sind, weil RT DE angekündigt hat, zu einem "rund um die Uhr sendenden Kanal" zu werden, wie Sie schreiben? Und jetzt möchten Sie in Sachen Sendelizenz ordentlich Druck auf die Medienanstalten machen, damit die deutsche Medienlandschaft um eine unbequeme Stimme bereichert wird. Wir sind gerührt. Das wäre doch nicht nötig gewesen …
Quelle: RT DE

Lesen Sie dazu auch auf den NachDenkSeiten: Feindbild-Aufbau des „Spiegel" – das wird noch schlimmer enden als beispielsweise am 1. März 1945 in Bruchsal.

2. **Sacharowa über die Schließung von RT DE-Konten: Russland betrachtet dies als politischen Druck**
Russland betrachtet die von der Commerzbank angekündigte Schließung der Bankkonten von RT DE und der Videoagentur Ruptly aus der RT-Medienfamilie als politischen Druck, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag beim Briefing in Moskau.

Quelle: RT DE

Anmerkung Albrecht Müller: *Es gab einige wenige Leser, die die Anfang der Woche wieder geäußerte Sorge, es könne zu einem Konflikt mit Russland kommen, für übertrieben halten. Was jetzt mit der Kontoschließung betrieben wird, ist ein weiterer Akt feindseliger Konfrontation. Kontoschließung klingt ja noch vergleichsweise harmlos. Was am Ende der Spirale der Konfrontation steht, wissen wir nicht. Aber man muss angesichts der Dynamik der Feindseligkeiten das Schlimmste befürchten. Außerdem: Hier wird die Basis einer möglichen fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland zerstört. Willentlich und nicht im eigentlichen eigenen Interesse.*

dazu auch: Propagandakanal lässt Personal suchen
Der Propagandakanal des Kreml RT DE sucht Personal. Im Wahljahr 2021 geraten so Politik und Journalismus zusätzlich unter Druck.
So ausführlich wie selten hat sich der Spiegel in seiner aktuellen Ausgabe mit den Bestrebungen des Kreml befasst, auf die deutsche Innenpolitik Einfluss zu nehmen, vor allem im Wahljahr 2021. Wichtigstes Instrument ist demnach der Propagandakanal RT DE, der bis Ende letzten Jahres noch RT Deutsch hieß. Dem Spiegel liegen Insiderberichte vor, aus denen er zitiert. Demnach wird das belegt, was wir vom DJV schon vor Jahren behauptet haben:
Quelle: DJV

Anmerkung Albrecht Müller: *An diesem Artikel des Pressereferenten des deutschen Journalistenverbandes DJV kann man gut sehen, wie heruntergekommen dieser Verband schon ist. Keine freie kritische Stimme, stattdessen eingebaut in die westliche Propaganda und den zu beobachtenden Feindbildaufbau.*

3. **Bidens Angriff auf Syrien: ein tatsächlich anklagbares Verbrechen**
   Letzten Donnerstag setzte Präsident Biden fort, was leider zu einer Washingtoner Tradition geworden ist: Syrien zu bombardieren. Der Präsident befahl einen Militärschlag in der Nähe der irakisch-syrischen Grenze, bei dem mindestens 22 Menschen getötet wurden. Die Regierung behauptet, sie habe eine “vom Iran unterstützte” Miliz als Vergeltung für die jüngsten Raketenangriffe auf US-Einrichtungen im Irak beschossen.
   Wie bei den Präsidenten Obama und Trump vor ihm ist jedoch Bidens Rechtfertigung für den US-Schlag und seine Ziele nicht glaubwürdig. Und seine Behauptung, der US-Angriff würde zu einer “Deeskalation” in der Region führen, ist lächerlich. Man kann sich nicht den Weg zur Deeskalation bomben.

Biden reiht sich damit in einen beschämenden Klub von US-Führern ein, deren Interventionen im Nahen Osten und speziell in Syrien nichts im Interesse der USA erreicht, sondern zum Tod von vielen Tausend Zivilisten beigetragen haben.
(…) In der Tat ist der Beginn eines Krieges gegen ein Land, das die Vereinigten Staaten von Amerika nicht angegriffen hat und nicht bedroht, ohne die Genehmigung des Kongresses ein anklagbares Verbrechen. Aber beide Parteien – mit ein paar Ausnahmen – sind Kriegsparteien.
Präsident Biden sollte für seinen Angriff auf Syrien angeklagt werden, wie es auch schon mit Trump und Obama vor ihm hätte geschehen sollen. Aber niemand in Washington wird Amtsenthebungsverfahren gegen einen Präsidenten einleiten, der rücksichtslos die Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg führt. Krieg schmiert die Räder Washingtons.
Ist es nicht seltsam, wie wir in den letzten paar Jahren nichts über ISIS gehört haben, aber auf einmal die Mainstream-Medien uns sagen, dass ISIS zurück ist und auf dem Vormarsch? Wenn Präsident Biden sagt "Amerika ist zurück", dann meint er in Wirklichkeit, dass "die Kriegspartei zurück ist". Als ob sie jemals nicht da gewesen wäre.
Quelle: Antikrieg

4. **Friedens- und Sicherheitspolitik ohne Schablonen und Denkverbote – Gastbeitrag von Rolf Mützenich**
Kontroversen über grundlegende Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik haben die Geschichte der Bundesrepublik von Beginn an geprägt. Die Entscheidungen zur Wiederbewaffnung, zur Westbindung, zur neuen Ost- und Entspannungspolitik, zur Nachrüstung oder zur Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr waren stets begleitet von kontroversen und in der Sache durchaus hart, aber zumeist fair geführten Debatten – die denunziatorische Verleumdung Willy Brandts durch Teile der CDU/CSU wegen seiner Politik des „Wandel durch Annäherung" einmal ausgenommen.
Quelle: Blog der Republik

Anmerkung Albrecht Müller: *Der Text zu Russland und zur russischen Außenpolitik ist unglaublich und damit Anlass für eine tiefe Enttäuschung über Rolf Mützenich.*

dazu auch: Auch wir haben Instrumente, die Putin wehtun können
Die Morde und Mordversuche des Kreml sind Teil von Putins Strategie, dem Westen zu schaden. Aber auch durch informationelle Kriegsführung stabilisiert er sein Regime. Europa kann und muss viel mehr gegen die Propagandalügen tun.
Der Westen und besonders die europäische Führungsmacht Deutschland hat in den

vergangenen Jahren im Umgang mit Moskau viel Geduld gezeigt. Doch die Vergiftung des prominenten russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny scheint das Fass zum Überlaufen zu bringen. Auch unter Deutschlands Politikern breitet sich nun die Erkenntnis aus, dass Russlands zahlreiche und eklatante Regelverletzungen der vergangenen Jahre nicht jeweils Ausnahmen waren, sondern der neue Normalzustand sind. Präsident Wladimir Putin hat Russland zu einem Schurkenstaat gemacht, der mehrfache Einsatz des international gebannten Nervengases Nowitschok gegen Regimekritiker im In- und Ausland ist nur eines der schockierenden Symptome dafür. […]
Gerade im Bereich des Infokriegs muss Europa proaktiver werden und seinerseits zum Angriff übergehen. Denn auch wir haben Instrumente, die Putin wehtun und sein Regime destabilisieren können. Wie wäre es etwa mit der Aufstellung freiheitlicher Trollarmeen, die ihrerseits in die russischen sozialen Medien hineinwirken?
Natürlich tun sich Demokratien, die der Idee der Aufklärung verpflichtet sind, schwer ihrerseits Propagandalügen zu verbreiten. Das ist im Falle Moskaus aber auch nicht unbedingt nötig. Die Wahrheit über die Putinsche Kleptokratie unters Volk zu bringen würde schon reichen. Es ist jedenfalls anzunehmen, dass westliche Geheimdienste eine Menge wissen über das System Putin, wie er und seine Günstlinge Milliarden scheffeln und wo die weltweit geparkt sind. Einiges davon an die Öffentlichkeit zu leaken – etwa im Stile der Panama Papers – und massiv im russischen Netz zu verbreiten, würde Putin und seine Günstlinge und Kumpels in gehörige Verlegenheit bringen. […]
Der Westen hat sein Potenzial nicht einmal annähernd ausgeschöpft, um dem Putinschen Schurkenregime zu begegnen. Es braucht vor allem eins: Mehr Fantasie bei der Verteidigung der Freiheit.
Quelle: Clemens Wergin auf welt.de

Anmerkung Albrecht Müller: *Beachten Sie bitte, welche Stufe der Konfrontation wir inzwischen erreicht haben: im letzten Absatz ist vom „Putinschen Schurkenregime“ die Rede. Danach ist es nicht mehr weit zur Kriegserklärung.*

5. **Nawalny – Führer der russischen Opposition?**
Russlands führende Liberale distanzieren sich von Nawalny. Das sollte im Westen nicht übersehen werden. – Ein Gastbeitrag.
Bemerkenswertes offenbart sich am Fall Nawalny. Während westliche Medien Nawalny zum Führer der demokratischen Opposition Russlands stilisieren, distanzierte sich der Gründer und langjährige Vorsitzende der russischen Partei der Liberalen, «Jabloko», Grigori Jawlinski, öffentlich von Nawalnys «Populismus» als «sinnlos», «antidemokratisch» und «national-bolschewistisch». Sergei Iwanenko, ehemaliger

Stellvertreter Jawlinskis, betonte eine «maximale Distanz» der Liberalen von dem «Nietzscheaner» und «Militanten» Nawalny.
Bemerkenswert ist die Kritik Jawlinskis, weil sie von einem Mann vorgebracht wird, der seit den Tagen des Machtantritts Wladimir Putins zu dessen schärfsten Kritikern gehört. Auch jetzt erklärte er unmissverständlich, der «Vergiftungsversuch» an Nawalny sei ein Verbrechen, das vor einem internationalen Tribunal geklärt werden müsse. Er geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er erklärt, bei der Vergiftung handle es sich nicht nur um ein Verbrechen, «es könnte auch ein Beweis für die Existenz von staatlich sanktionierten Todesschwadronen in Russland sein». Jawlinski steht also mit Sicherheit nicht in Verdacht, Putin gegen Kritik abschirmen zu wollen – auch wenn er ihn nicht persönlich zum Mörder und Dieb erklärt wie Alexej Nawalny, sondern ihn politisch anklagt.
Quelle: Infosperber

6. **Nawalny und Khashoggi**
   Putin und Mohammed bin Salman
   Im Wahlkampf sagte Joe Biden: „Khashoggi wurde ermordet und zerstückelt. Ich glaube auf Befehl des Kronzprinzen. Wir werden ihnen keine Waffen mehr verkaufen. Wir werden sie dafür bezahlen lassen und sie zu den Geächteten machen, die sie längst sind.“
   Jeder Kenner der US-Politik wusste, dass das gelogen war. Das zeigt sich jetzt. Der US-Geheimdienst hat öffentlich bestätigt, dass Mohammed bin Salman für den brutalen Mord verantwortlich ist. Nun müssten die USA den Saudis keine Waffen mehr verkaufen. Aber jeder weiß, dass dieses Versprechen Bidens ein Witz ist. Die Waffen-Industrie hat die US-Politik längst korrumpiert. Und die Saudis werden weiterhin ihren mörderischen Krieg im Jemen führen, selbstverständlich mit US-Waffen. Einige kosmetische Korrekturen, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen, wird es geben. Notfalls liefern die „Verbündeten“ die Waffen, die die USA angeblich nicht mehr liefern wollen.
   Wieder zeigt sich, wie verlogen die Außenpolitik der „westlichen Wertegemeinschaft“ ist. Bei der Kopf-ab-Diktatur der Saudis führen Menschenrechtsverletzungen zu scheinheiligen Protesten und marginalen Sanktionen. Wenn es um Russland geht, dann ist der Giftanschlag auf einen Oppositionellen wie Nawalny Anlass, um das endgültige Aus für Nordstream 2 zu fordern und Unternehmen aus aller Welt zu bedrohen, die es wagen, sich am Weiterbau dieser Gasleitung zu beteiligen. Der Unterschied zu Mohammed bin Salman: Putin hat den geplanten Ausverkauf russischer Rohstoffe an US-Konzerne zur Zeit der Präsidentschaft des alkoholkranken Jelzin gestoppt.
   Biden hat als Vizepräsident Obamas die Bombenkriege, die Handelskriege und den

Drohnenkrieg mit zu verantworten. Die US-Politik ändert sich nicht. Menschenrechte werden nur vorgeschoben, um die geostrategische Einkreisung Chinas und Russlands und die Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte zu rechtfertigen.
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

7. **Das wahre Gesicht des Bundes der Steuerzahler**
Mit nur 5 Prozent Investitionsquote war Niedersachsen auch 2020 Schlusslicht in Westdeutschland. Ein breites Bündnis hat deshalb einen gemeinsamen Aufruf für mehr öffentliche Investitionen gestartet. Der Bund der Steuerzahler lehnt diese Forderung glattweg ab. Warum dem so ist, beleuchtet #schlaglicht 08/2021 aus Niedersachsen.
[…]
Obwohl der Investitionsstau in Niedersachsen unbestreitbar ist, macht er gegen den Aufruf mobil. Dafür wird tief in die ideologische Mottenkiste gegriffen. Wahlweise ist von der Belastung nachfolgender Generationen, ausuferndem Konsumausgaben oder finanzpolitischer Unvernunft die Rede.
Doch um wen genau handelt es sich bei diesem Gesellen, der sich seit Jahren als selbstloser Schutzengel aller Steuerzahlenden aufspielt? Obwohl sein Name einen anderen Anschein erweckt, ist seine Mitgliedschaft ziemlich exklusiv. Im Bund der Steuerzahler tummeln sich überwiegend mittelständische Unternehmen, Freiberufliche und leitende Angestellte. Vom steuerpflichtigen Durchschnitt ist er meilenweit entfernt. Hohe Einkommen geben bei ihm eindeutig den Ton an.
Diese Zusammensetzung bestimmt die politische Agenda. Der Bund der Steuerzahler betreibt reine Klientelpolitik für Unternehmen und Besserverdienende. Ständig tritt er für eine harte Sparpolitik ein und klagt über die Steuer- und Abgabenlast. Seine Rezepte sind allerdings durchschaubar: Steuern für Unternehmen sollen gesenkt und der Solidaritätszuschlag komplett gestrichen werden. Gleichzeitig wird eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung empfohlen. Das alles nützt nur einer Minderheit.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

8. **Lobbyrepublik**
Immer wieder kommen Lobby-Skandale aus der Politik ans Licht. Amthor, Nüßlein und Spahn sind nur die Spitze des Eisbergs. Auch das lang verzögerte Lobbyregister wird der systematischen Beeinflussung kein Ende setzen.
In der letzten Zeit kamen gleich drei größere Korruptions- und Lobbyismus-Skandale ans Licht: erst wurde öffentlich, dass der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unions-Fraktion, Georg Nüßlein, im Verdacht steht, letztes Frühjahr ein millionenschweres Angebot eines Masken-Herstellers gegen eine mutmaßliche Provision von 660.000 Euro an verschiedene Ministerien weitergegeben zu haben. Dieser Skandal wurde nur aufgedeckt, da Nüßlein bei der Rechnung die Umsatzsteuer

unterschlagen hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt und die Immunität von Nüßlein wurde ausgesetzt.
Fast zeitgleich wurde bekannt, dass Gesundheitsminister Jens Spahn letzten Oktober an einem Abendessen einer Lobby-Agentur mit mehreren Unternehmern teilnahm. Heikel daran ist, dass laut Medienberichten die Unternehmens-Chefs gebeten wurden, genau 9.999 Euro an die CDU in Spahns Wahlkreis zu spenden, da Parteispenden erst ab 10.000 Euro veröffentlichungspflichtig sind. Solche Treffen, bei denen ganz legal Geld fließt und keine offene Gegenleistung verlangt wird, sind hinreichend bekannt.
Noch berühmter ist der Fall von Philipp Amthor, der letzten Sommer in die Schlagzeilen geriet, weil er nach Treffen mit den Gründern des KI-Start-Ups Augustus Intelligence offenbar bei Wirtschaftsminister Peter Altmaier lobbyierte. Zur Zeit versucht Augustus Intelligence gegen die Herausgabe der Lobby-Briefe an das Ministerium gerichtlich vorzugehenen. Das zeigt, wie brisant der Fall ist, in den auch weitere konservative Köpfe, etwa Karl-Theodor zu Guttenberg oder der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen verstrickt sind.
Quelle: Marco Bülow in Jacobin

9. **Vier Vorerkrankungen sorgen für zwei Drittel der schweren Verläufe**
Schwere Covid-19-Krankheitsverläufe, die einen Spitalsaufenthalt erzwingen, hängen laut einer neuen US-Studie mit vier Vorerkrankungen zusammen: Übergewicht, Bluthochdruck, Diabetes und Herzinsuffizienz. Ohne diese Risikofaktoren könnten fast zwei Drittel der Spitalsaufenthalte vermieden werden.
Ein Team um den Kardiologen Dariush Mozaffarian von der Tufts University hat für die soeben erschienene Studie über 900.000 Krankenaufenthalte in den USA untersucht, die bis Mitte November des Vorjahrs auf Covid-19 zurückzuführen waren.
30 Prozent von ihnen hingen mit Dickleibigkeit zusammen, 26 mit Bluthochdruck, 21 mit Diabetes und zwölf mit Herzinsuffizienz. In Kombination ergibt das laut einer Modellberechnung der Forscher und Forscherinnen 64 Prozent schwere Verläufe, die verhindert werden hätten können. Die Patienten und Patientinnen hätten sich zwar dennoch infiziert, ein Krankenhausaufenthalt wäre aber unnötig gewesen.
Quelle: ORF.at

10. **Wann, verehrtes Publikum, wann?**
Von Jens Fischer Rodrian
Diese Künstler! Sie lassen Auftrittsverbote und Corona-Terror einfach über sich ergehen, verkriechen sich schweigend und weigern sich, aufzubegehren – wie wir es eigentlich von ihnen hätten erwarten können. Ja, für die meisten stimmt dieses Klischee. Aber wie steht es mit uns, dem Publikum? Haben wir nur einen Finger gerührt, um unsere Künstler – unsere Musiker, Kabarettisten, Theaterschauspieler und andere Live-Performer – wiederzubekommen? Haben wir Protestbriefe an Politiker

verfasst und ermutigende Botschaften an uns bekannte Kulturschaffende? War es nicht viel bequemer, Netflix und youtube glotzend auf dem heimischen Sofa zu sitzen? Und die Wahrheit ist noch frustrierender: Viele Künstler machen nicht den Mund auf, weil sie Angst vor uns haben – vor einer gehirngewaschenen Öffentlichkeit, die ganz überwiegend mit den Corona-Maßnahmen der Regierung konform geht. So konnten Künstlerinnen und Künstler nicht ohne Grund vermuten. Wer als „Corona-Leugner“ gilt und wegen der sich daran anschließenden öffentlichen Hetzjagd auch nur einen Teil seines Publikums verliert, für den könnte es das Aus bedeuten. Daher die Botschaft an Künstler*innen: Wenn Ihr nichts tut, kommt das Aus sowieso. Und: Ihr könnt auch durch Schweigen Publikum verlieren. Und die Botschaft an „alle“: Zeigt den Verantwortlichen, dass Ihr Eure Kulturschaffenden liebt und dass ihr sie wiederhaben wollt – dass ein Leben ohne Live-Kultur für Euch schlicht unvorstellbar ist, wohl aber ein Leben ohne Grundrechts-Entzug und Hygiene-Regime. Zeigt es vor allem den Künstler*innen selbst!
(…) Jetzt geht es um Euch, liebes Publikum. Und ganz ehrlich, auch wenn Ihr mir das übel nehmen werdet: Ich bin, gelinde gesagt, enttäuscht – zumindest von einem Teil von Euch.
Sind wir nichts anderes als Pausenclowns, die zwar das Leben stimulieren, wenn sie da sind, aber nicht wirklich fehlen, wenn sie weg sind?
Sind wir ein netter Zeitvertreib, den man jetzt auf unbestimmte Zeit mit Serien ersetzen kann?
Warum fordert ihr nicht die sofortige Wiederaufnahme aller Theaterstücke, die Wiederbelebung der Konzertszene, das öffnen aller Auftrittsorte?
(…) Auch verstehe ich, dass jeder seine eigene Aufwachgeschwindigkeit hat, aber lasst Euch nicht zu viel Zeit, denn wir stehen nicht ewig zur Verfügung. Fast ein Drittel meiner Kollegen aus der freien Szene hat ihre Berufung bereits an den Nagel gehängt, und es werden immer mehr, die das Rumkrebsen von einer Soforthilfe zur Nächsten satt haben und die Euer Schweigen als Zeichen dafür sehen, dass sie anscheinend nicht systemrelevant sind.
Quelle: Hinter den Schlagzeilen